

Saale-Zeitung.

Schundvierziger Jahrgang.

werden die Egepolzene Kolonien...

Erscheint täglich...

Redaktion und Druck...

Bezugspreis

Für Halle vierteljährlich...

Für anderwärts eingehende...

Verantwortlicher der Redaktion...

Nr. 292.

Halle a. S., Dienstag, den 25. Juni.

1912.

Spaltung der amerikanischen Parteien?

Ein hervorragender Kenner der amerikanischen Politik...

Die letzten Meldungen aus Chicago weisen eine Spaltung nicht nur der republikanischen Partei...

zu schlagen. — So treffen viele Momente, materieller wie ideeller Natur, zusammen...

\* New York, 24. Juni. Von gut unterrichteter Seite wird erzählt, daß Roosevelt's Parteiprogramm von Grund aus fortschrittlich sein werde...

Deutsches Reich.

Der Gesetzentwurf für eine allgemeine Besitzsteuer.

Die Vorlage ist erst im Winter zu erwarten!

# Ueber den Zeitpunkt, in dem voraussichtlich der Gesetzentwurf für eine allgemeine Besitzsteuer dem Reichstag zugehen wird...

Der Reichstag selbst hat als spätesten Termin für die Einbringung den 30. April 1913 gewählt.

Natürlich werden der Aufstellung dieses Gesetzentwurfes sehr eingehende Beratungen mit den Finanzministern der Bundesstaaten vorausgehen.

Diese Erwägungen führen zu dem Ergebnis, daß die Vorlegung des Gesetzentwurfes für eine allgemeine Besitzsteuer im Reichstag erst in den Wintermonaten erfolgen kann.

Eine weltliche „Klarstellung“.

# Die Wiener „Reichspost“ hat vor einiger Zeit von einem „Verzicht“ des Prinzen Ernst August von Cumberland auf Hannover gesprochen...

„Tugend ein Verzicht“ ist, da es an der notwendigen Voraussetzung dazu, nämlich der Annahme des Vorhofs durch die Gegenseite...

daß ein solcher Innfin die deutschen Wälder passieren darf, ohne daß eine Fieder sich rührt...

Die bisherige Arbeitsleistung der Immediatkommission.

Nunmehr ist auch die Einbringung zur Vollziehung der Immediatkommission zur Vorbereitung der Verfassungsreform...

Was die Einrichtung der Bezirksregierungen anlangt, so ist eine neue Geschäftsverteilung bereits ergangen...

Deutscher Handelsstag.

Im großen Sitzungssaale des Schloßparkhotels in Hannover...

Die Stuttgarter Nationalliberalen und die fortschrittliche Volkspartei...

Kleine vermischte Nachrichten.

Wie verlautet, ist Bundesgerichtsrat Krause in Altenburg zum Direktor des in Gera zu errichtenden gemeinsamen Oberverwaltungsamtes...

Jacobs gebaut worden. Deren Chef in Berlin fast zu gleicher Zeit zum Kommerzienrat ernannt wurde. Während einzelne Kritiker sagten, daß das Ansehen bei der neuen Maschine peinlich langsam vor sich ging, berichtigten andere, daß die neue Maschine sehr gut lief und daß man kaum Blut zu sehen bekam. — Vom 1. Juli ab gilt die Wortzettel für Telegramme nach dem europäischen Ausland auch für Telegramme nach dem asiatischen Ausland und nach Bokhara; sie beträgt nunmehr für das gesamte Ausland im direkten Verkehr mit Deutschland 20 Pf. Die bisherige Wortzettel von 75 Pf. für das asiatische Ausland und Bokhara wird demnach um fast 75 p. H. ermäßigt.

### Sport- und Personalnachrichten.

\* Die Nordlandreise des Kaisers, die schon kürzlich auf den 10. Juli verschoben worden war, ist noch weiter aufgeschoben worden. Nach einer Mitteilung, die uns von untermittelter Hofstelle ausgeht, wird der Kaiser die Reise erst am 15. Juli antreten.

\* Die Pfalz des Staatssekretärs A. D. Bernuth ist, wie der Berliner Magistrat am 14. d. M. durch königlichen Erlaß vom 10. d. M. zum Ersten Bürgermeister von Berlin beauftragt worden unter gleichzeitiger Verleihung des Titels Oberbürgermeister.

\* Freiherr von Marischall hatte Montag in London ein Audienz beim König, bei der er sein Beglaubigungsschreiben überreichte.

## Ausland.

### 1200 Millionen.

Wie vermählt ist schwer es unter Umständen halten kann, Geld in den Staatskassen zu bekommen, das müssen die Regierenden in der neuesten Republik in China, schon kleine enttäuschungsreiche Wochen hindurch erfahren. Beim kleinen Portugal lagen die Verhältnisse der Ueberzugszeit viel günstiger, weil die Staatsfinanzverwaltung auf dem Gebiete der Finanzen ohne nennenswerte Erschütterungen weiter funktionierte. Das Kassenloch der Mitte aber benötigt 1200 Millionen Mark und sieht sich nicht in der Lage, das Defizit nicht nur mit einem Kontraktanten abzuwickeln zu können, wobei sich über die Bedingungen leicht handelseins werden ließ. Sechs Großmächte, denen das kleine, aber reiche und unternehmende Belgien sich anschließt, wollen im Verein dem bedrängten Jung-China aus den finanziellen Schwierigkeiten herausheifen, doch nur unter der politischen nicht ganz unerwünschten Bedingung einer internationalen Geldkontrolle. Die Republik unter Auralen — gemäß einer schmerzlicher Reflex auf den knopenden republikanischen Reiz. Doch die internationale Bankwelt hat schon bisher auf so weitgehende Engagements zugunsten Chinas sich eingelassen, daß sie bei dem neuen, nach der — diplomatisch noch nicht einmal anerkannt — Staatsumwälzung zu vereinbarenden auf gewisse politische Garantien nicht wohl verzichten kann.

### Brotnot in Toulouse.

Die Wäcker von Toulouse haben, wie aus Paris telegraphiert wird, an die Bevölkerung einen Aufruf gerichtet, in dem sie antindigen, daß, falls ihre infolge der Getreide- und Mehlsteuerung unternommenen Schritte erfolglos bleiben sollten, sie von heute ab ihre Behörden den Behörden zur Verfügung stellen werden. Die Behörden sollten dann selbst für die 150 000 Einwohner von Toulouse das erforderliche Brot liefern.

### Französisch-spanische Marokkoerhandlungen.

Aus Madrid wird gemeldet: Der Minister des Aeußeren Garcia Nieto spricht sich über die franco-spanischen Marokkoerhandlungen in folgender Weise aus: Spanien hat sich nie unerbittlich gezeigt. Die Unterhandlungen gingen schnell vor sich und die Wechsels der Artikel des Vertrages sind bereits beendigt. Es stehen nur noch 3 Artikel zur Diskussion, die keine Schwierigkeiten verursachen werden. Wenn die Internationalisierung von Tanger erledigt sein wird, so ist nur noch das Uebereinkommen zu unterzeichnen.

Gen. 24. Juni. Die Kolonne des Generals Dalbez hatte am 19. und 20. Juni mit dem Stamm der M'ir ein blutigen Kampf, in dem die Eingeborenen zu rückgeworfen wurden. Auf französischer Seite hatte man 5 Tote und 16 Verwundete. Die Verluste der Morokkaner sind unbekannt.

## Halle und Umgebung.

Halle a. S., 23. Juni.

### Stadtvorordneten-Sitzung.

Halle a. S., 24. Juni.

Am Vorstandsitz der Herren Geheimrat Professor Dr. Schmidt, Imppler, Justizrat Föhling und Kaufmann B. v. H. h.

Vorgelegt wird ein Danke schreiben der Sanitätskolonne für die neutliche Mittelbewilligung in Sachen der Kaiserparade.

Vom kommunalen Verein Halle-Ost ist eine Petition eingereicht, die die Anlage eines Parks fordert, sowie die Schaffung einer Verbindung vom Ostviertel zur inneren Stadt. Die Eingabe wird dem Bauauschuß zugewiesen.

Der hallische Bürgerverein erlucht um den Bau einer Schauhalle auf dem Sandanger. Die Sache geht an den Bauauschuß.

Ferner liegt ein Projekt gegen Verlegung der Straßenbahn in die mittlere Brunnentrasse vor; die Petenten wollen die Bahn in der Triftstraße belassen, wo sie sich bewährt habe. Die Petition wird im Laufe der Sitzung bei Besprechung des Umbaus der Straßenbahn erledigt.

Danach tritt man in die Tagesordnung ein.

1. Der Magistrat beauftragt zu fälligen Stellvertretern des Vorsitzenden des am 1. Juli 1912 zu errichtenden Verwaltungsausschusses gemäß § 36 Abs. 3 R. V. O. den Gerichts- assessor Deide und den Magistratsassessor W. u. M.

2. Der Stadtvorordnetenversammlung stimmt zu. (Ref. der Herr Borkheer.)

2. Der Hausfallsplan der Bethke-Behmann-Stiftung für das Rechnungsjahr 1912 wird gutgeheißen. (Referent Herr St. M. e. r. l.)

Herr St. M. e. r. l. hält die Ausgabe von 4000 M. für Pflege des Gartens für zu hoch.

Herr Oberbürgermeister Dr. R. i. v. e. entgegnet, daß die Ziffern sachmäßig geprüft seien. Der Garten liege 8 Morgen groß. Im übrigen verbleiben ja 5 Erparnisse der Stiftung.

### Punkt 3 betrifft den Bau einer elektrischen Straßenbahnlinie nach Bühlborn und Schönwöhl.

Herr St. M. i. c. h. e. l. referiert darüber. Der Staatsauschuß hat den Vertragsentwurf akzeptiert.

Herr St. M. i. c. h. e. l. hat Bedenken. Es sei gefährlich, die Stadt auf 40 Jahre zu binden. Wisse man denn, ob in 40 Jahren 10 Pf. noch den gleichen Wert haben wie heute, wenn die Kohle, die Materialien, die Arbeitslöhne usw. teurer geworden sind. Das Projekt ist dem Konfurrenzzeit gegen die A. E. G. entzogen. Die Stadt hat aber nicht das Gefühl, Unternehmungen zu führen, sie soll den Bau und Betrieb der Privatgesellschaft entlasten, die sich darum bemüht. Ich bitte, den Vertrag abzulehnen.

Herr Oberbürgermeister Dr. R. i. v. e. meint, wer so rechnet wie Herr Höfchle, darf überhaupt keinen Vertrag abschließen. Merdings liegen in mancher Beziehung ungewisse Verhältnisse vor, aber da kann man sich auf die Erfahrung stützen. Ich erinnere daran, daß zu Anfang, vor 20—30 Jahren, die elektrischen Bahnen 20 und 30 Pf. Tarife hatten. Heute fährt man die drei, ja vierfache Strecke für 10 Pf. Der Strom hat eben früher viel mehr gekostet als jetzt; er ist durch technische Fortschritte verbilligt worden. Die Zeilspanne von 40 Jahren ist gering; meist rechnet man mit 30 oder 35 Jahren.

Herr St. M. i. c. h. e. l. äußert sich in ähnlichem Sinne. Herr St. H. o. s. beschießen. „Konfurrenzzeit“ spricht in gewissem Sinne bei der Vorlage mit. Wir wollen eben eine private Gesellschaft, kein Monopol haben, wir wollen den Gewinn, den der Verkehr der Bürger schafft, der Bürgergeist wieder zuführen. Das können wir, indem wir elektrische Bahnen betreiben.

Herr Oberbürgermeister Dr. R. i. v. e. gibt zu bedenken, wie die Gegend nach Bühlborn in 20, 30 Jahren dort aussehen wird. Es wird ein unerschöpflicher größerer Personenverkehr dort stattfinden.

Herr St. G. l. i. m. möchte die Befürchtungen des Herrn Höfchle nicht ganz von der Hand weisen. Er wünscht den Zusatz, daß der 10 Pf. Tarif unter gewissen Verhältnissen erhöht werden darf.

Herr St. G. l. i. m. teilt die Befürchtung nicht, daß wir jemals den Tarif erhöhen müssen. Der Preis für elektrischen Strom ist immer billiger geworden; jetzt liefern bereits Braunkohlewerke von ihren Kraftstellen an den Strom für 4 Pf. pro Einheit. Wir liegen günstig im Kohlenrevier, wo wir noch auf mehrere hundert Jahre Kohle haben. (Zuruf des Herrn Höfchle: Nur auf 70 Jahre!) Der Redner widerlegt den Zuruf. Er würde unbedenklich den Vertrag mit dem 10 Pf. Tarif auf noch viel längere Dauer abschließen.

Herr St. G. l. i. m. zieht seinen Antrag zurück. Der Vertrag wird angenommen.

4. Die Verammlung genehmigt, daß die drei un- bekehrten Lehrstellen an den evangelischen Volksschulen in dem 1. April 1912 eingezogen werden. Da es an Klassennummern fehlt, hat die Direktorenkonferenz beschlossen, lieber einige farbete Klassen zu tragen, als noch mehr fliegende Klassen, d. h. solche Klassen einzurichten, die keine eigenen Klassennummern besitzen. Es sind zurzeit 11 fliegende Klassen hier vorhanden. Wie die Befürchtung der Retoren nachweisen, werden jetzt unsere 300 Klassen der evangelischen Volksschulen

### 18 204 Kindern

besucht, so daß auf eine Klasse durchschnittlich 50,36 Kinder kommen. Mehr als 57 Kinder sind in keiner Klasse vorhanden. Wenn die Lehrstellen unbesetzt bleiben und nicht eingezogen würden, müßten für sie die nicht unbedeutenden Beiträge an die Altersklassen sowie an die Witwen- und Waisentasse für das laufende Jahr bezahlt werden.

5. Herr St. H. ö. s. c. h. e. l. berichtet über die Vorlage betreffend den

### Aus- und Umbau der Straßenbahn.

Der Inhalt der Magistratsvorlage ist kurz folgender: Zunächst empfiehlt es sich, die Linie B (Bahnhof-Post-Friedrichstraße-Erzlühw) von Friedrichsplatz ab nicht mehr über Friedrichstraße und östlichen Mühlweg, sondern durch die Albrechtstraße nach der Bernburgerstraße und von da durch den westlichen Mühlweg und die Burgstraße zu führen, dagegen die Linie A (Bahnhof-Wartplatz, Zoologischer Garten) vom Mühlweg ab durch die Bernburger- und Richard Wagnerstraße und von dort aus nicht mehr durch die Triftstraße, sondern zunächst weiter durch die Richard Wagnerstraße und dann durch die Brunnentrasse zu leiten. Ferner ist unbedingt notwendig, den eingeleiteten Betrieb in dem zwischen Große Brunnentrasse und Friedrichstraße gelegenen Teil der Burgstraße durch einen zweigleisigen Ausbau, einen solchen auch in der Seebenerstraße zwischen Mittelindstraße und Angerweg herzustellen und außerdem noch vor der Saalhofstrasse und dem Zoologischen Garten ein drittes Gleis zur Aufstellung von Sonderwagen einzubauen. Aus ihnen ergibt sich, daß durch die Linienveränderungen in A. Friedrichstraße, Albrecht- und Bernburgerstraße bis Richard Wagnerstraße 81 000 M., B. Richard Wagner- und Große Brunnentrasse 64 500 M., C. Burg- und Friedrichstraße 36 000 M., D. Seebenerstraße bis Angerweg 41 000 M., oder zusammen 222 500 M. erfordert werden. Zur Aufführung dieser Kosten erscheint es sachgemäß, nach dem bereits früher gegebenen Grundlag zu verfahren, daß die durch den Umbau hervorgerufenen Substanzvermehrungen bzw. Reuerwerte aus der Anleihe, dagegen die Kosten für Reparatur und Ersatz vorhandener Vermögenswerte aus Mitteln des laufenden Etats gedeckt werden. Bei Anwendung dieses Grundlages entfallen von den Kosten zu A. auf die Anleihe 40 500 M., auf den Etat 40 500 M., zu B. auf die Anleihe 23 250 M., auf den Etat 41 215 M., zu C. auf die Anleihe 15 000 M., auf den Etat 20 937 M., zu D. auf die Anleihe 41 000 M., auf den Etat —, —, zusammen auf die Anleihe 119 848 M., auf den Etat 102 652 M.

Siehebe erwacht bezüglich der Dedung des Etatsbetrags insofern eine Schwierigkeit, als der diesjährige Etat der Straßenbahnverwaltung in Kap. II für solche Zwecke nur

54 500 M. nachweist und daher ein Fehlbetrag von c. 48 000 M. verbleiben wird. Es dürfte jedoch unbedeutlich sein, ihn, wenn er noch in diesem Jahre beantragt werden sollte, zunächst vorrühweise zu zahlen, für seine endgültige Verrechnung aber den nächstjährigen Etat in Anspruch zu nehmen, da dieser nach den umfassenden Verbesserungen und Erneuerungen, welche die Betriebsmittel im vergangenen und laufenden Jahre erfahren haben und werden, kaum zu neuen kostspieligen Ausgaben der gedachten Art herangezogen werden. Ebenso ist betreffs der der Anleihe zur Last fallenden Mittel zu bemerken, daß bei ihrer Gewährung die Bewilligung in Beisetz form, welche durch Gemeinderatsbeschuß vom 1./21. April 1911 in Höhe von 10 000 M. zu der durch das neue Projekt überhöhten Herstellung eines zweiten Gleises vor dem Zoologischen Garten erfolgt ist.

Herr Höfchle beantragt namens des Bauauschusses, die Friedrichstraße-Linie, soweit der Friedrichsplatz und die nördliche Friedrichstraße in Betracht kommen, so zu lassen wie sie ist.

Herr Direktor Jung: Wir müssen unsere Stammkunden möglichst bald zweigleisig ausbauen; denn Zeit ist Geld für das fahrende Publikum. Wir sind im Nachteil gegenüber der Stadtbahn; für uns sind eingeleitete Linien ein weit größerer Nachteil. Wir können aber den Bau nicht auf einmal vornehmen, aus Mangel an Zeit und Geld. Darum haben wir einzelne Etappen herausgewählt, die die Vorteile mit sich bringen. Das Stück in der Friedrichstraße ist uns besonders wichtig. Der Redner legt das an der Hand von Zeichnungen dar. Jenes Stück ist in sehr schlechtem Zustande, so daß die Eisenbahnbehörde als Aufsichtsinstanz eine Auswechslung der Schienen verlangt. Da haben wir uns gelagt, ob sich nicht noch andere Verbesserungen schaffen lassen. Die neue Regelung des Umfängerverkehrs gibt dem Publikum viel größeren Schutz vor der Gefahr, von Automobilen, Geblirren oder Radfahrern überfahren zu werden. Die A-Linie soll durch die Bernburgerstraße, die B-Linie über den Mühlweg geführt werden. Die jetzige Linienführung direkt über den Friedrichsplatz ist ein großer Nachteil und im Interesse der Sicherheit des Publikums und der dort spielenden Kinder zu beseitigen.

Herr St. B. e. u. c. h. e. polemisiert gegen die geplante Einengung in der Brunnentrasse. Die Kurven an der „Sonnen“ werden einen sehr kleinen Radius haben, so daß die Anleiher durch Pfeifen sicherlich sehr gefährdet werden. Die Bahn sei in jener Linienführung eine Schulfriederle. Man soll nur allem die Bahn nach Erzlühw und Trifta weiter ausbauen, das sei zweckmäßiger; da könne man auch die alten Schienen gut verwenden. In der Brunnentrasse möchten arme Leute, die Mühe hatten, die zweite Hypothek zu kriegen. Demen dürfen wir nicht mit Straßenausbaulosen kommen, die 2000, 3000, ja 4000 M. für den einzelnen betragen. Mander wird da ohne Rod und nur mit Stock aus seinem Grundstück gehen müssen. Ich stelle den Antrag auf Vertagung bis nach den Ferien.

Herr Direktor Jung wendet sich gegen die Vertagung. Die Aufsichtsbehörde drängt auf Auswechslung der Schienen in der Friedrichstraße.

Herr St. P. s. a. n. t. s. c. h. spricht sich für die Magistratsvorlage aus. Wir schließen dadurch das Richard Wagnerstraßenstück auf. Die Anwohner der Brunnentrasse müssen doch einmal die Straßenausbaulosen zahlen; da kommen sie nicht herum, aber sie haben es jetzt bei Ausführung jener Straßenbahnlinie billiger.

Herr St. S. c. h. u. l. e. erklärt sich für den Standpunkt des Bauauschusses. Die Bernburgerstraße würde bei Durchführung des Magistratsprojekts überlastet werden.

Herr St. G. i. e. s. e. Wir erreichen durch das Projekt keinen zweigleisigen Ausbau der Straßenbahn; sie bleibt eingeleit, z. B. in der Ulbrichtstraße, Leipzigstraße. Das läßt sich nicht ändern, oder man müßte ungewünschte Mittel zur Straßenvorbereitung aufwenden. In den Affen stehe nichts davon, daß die Eisenbahn als Aufsichtsbehörde die Auswechslung der Schienen in der Friedrichstraße verlangt habe.

Herr Direktor Jung betont, daß wir künftig viele Umfängerleihen haben würden. An der Albrechtstraße steigen alle die um, die nach der Stadt wollen, und am Mühlweg die Fahrgäste, die aus der Stadt kommen. Der Verkehr häuft sich also nicht mehr so stark an einer Stelle, sondern wird ausgedehnter.

Herr St. H. o. s. spricht sich für die Magistratsvorlage aus. Sie habe gewiß auch Nachteile, aber die Vorteile überwiegen. Redner plädiert für die Albrechtstraßenlinie und für die Richard Wagnerstraße. In der abhälligen Triftstraße sei die Fahrt zurzeit mehr eine Sechsfahrt als eine Landfahrt, darum sei es ja auch zu verstehen, warum Herr Beuche gerade die Triftstraßenlinien erhalten wissen will. (Herr Beuche ist ein ehemaliger Seefahrer. Die Red.)

Herr Oberbürgermeister Dr. R. i. v. e. plädiert für die Vorlage des Magistrats. Die Linienführung am Mühlweg, die Schienen dort, wo keine der beiden Linien geradeaus führt, sondern sie sich ausweichen, sei geradezu schmerzhaft. Wenn sich jetzt Gelegenheit zu bessern bietet, wollen wir sie nicht ungenutzt vorbeilassen. Es ist ein Wunder, daß dort noch kein größeres Unglück passiert ist. Redner bittet, der zuverlässigen Leitung unserer Straßenbahn, die alles Vertrauen verdient, zu folgen; die Stadt wird sich dafür bedanken.

Herr St. H. i. l. e. m. a. n. n. erklärt sich für die Magistratsvorlage.

Die Vertagung wird abgelehnt. Die Abstimmung ergibt

### Annahme der Magistratsvorlage.

6. Der Entwurf eines Vertrages mit der Halleischen Bodengesellschaft, G. m. b. H., über den Ausbau der im Bebauungsplan für ihr Terrain nördlich von Bergmannstraße vorgesehenen Straßen E 1, E 2, A und F sowie der anschließenden nach festzustellenden Straße G wird genehmigt. (Ref. Herr St. S. c. h. u. l. e.)

7. In der Frauenschule soll der Raum vor dem Vortragsaal zum Biskottstümmel eingerichtert werden. Zu diesem Zwecke werden 575 M. und zur Anschaffung von Büchern für die Schülerstübchen der Frauenschule 300 M. zur Verfügung gestellt. (Ref. Herr St. S. c. h. u. l. e.)

8. Nach dem von der Stadtvorordnetenversammlung unterm 25. Mai 1908 genehmigten Projekt für den Bau des neuen Sammlers Jägerplatz-Weidenplan-Verlängerung soll der auf dieser Strecke vorhandene alte Sammler in Betrieb gehalten werden. Der jederzeit vorgelegte Rollenanschlag sieht die Mittel für die Reparatur des alten Sammlers nicht ausdrücklich vor, eine solche ist aber unvermeidlich. Die Kosten sind auf 11 800 M. veranschlagt. Ferner ist auf einer kurzen Strecke der oberen Großen Steinstraße nach ein Lonnrdarfen herzustellen zur Aufnahme der Abwässer der Grundstücke Nr. 42 bis 44. Hierfür betragen die Kosten 1400 M. Von den letzteren

bewilligten Mitteln für den neuen Sammler sind noch 13 866 St. verfügbar. Die Vorlage wird angenommen. (Ref. Herren Stvo. Böschle und Herzfeld.)

9. Nachdem die Vorlage des Magistrats vom 12. März d. J. betreffend

#### Erweiterungsbau des Alters- und Pflegeheims

zurückgelesen war, wurde, wie Herr Stvo. Böschle darlegt, vom Hochbauamt der Entwurf und Kostenaufschlag nochmals eingehend geprüft und umgearbeitet. Der Kostenaufschlag schließt nunmehr für die eigentlichen Bauten und Nebenarbeiten zusammen mit 629 000 M., für die innere Einrichtung (Möblier, Waagen, Kücheneinrichtung usw.) mit 121 000 M. ab, was zusammen für den Verbindungsbau 750 000 M. es werden also im ganzen 750 000 M. gefordert. Der Bauauschuss hat an der Vorlage einige Abänderungen vorgenommen, so daß sich die Kosten auf 752 000 M. a r k reduzieren. Die Vorlage wird mit einem Amendement Kühne angenommen. (Ref. Herren Stvo. Böschle und Giese.)

10. In Uebereinstimmung mit dem Kuratorium der Gas- und Wasserwerke erlaubt der Magistrat, die auf dem Gaswerk I vorgesehenen Hochbauten zu genehmigen und die erforderlichen Kosten in der anslagmäßigen Höhe von 274 500 M. aus Anlehmitteln zu bewilligen. Die Versammlung bewilligt 265 000 M. (Ref. Herren Stvo. Böschle und Giese.)

11. In diesem Jahre ist die

#### Robert Franzstraße

von der Burgbrücke bis zur Mühlspforte neu gepflastert worden. Die Reststraße bis zur Mansfeldstraße ist, wie Herr Stvo. Giese als Referent ausführt, außerordentlich schlecht. Die Neupflasterung wurde bisher im wesentlichen deshalb nicht vorgeschlagen, weil auch gleichzeitig eine Mauer gegen den Mühlgraben nötig wird, deren Kosten erheblich sind; auch ist dort noch eine Tiefanfertigung zu bauen, doch läßt diese sich in den Bürgersteig legen bzw. können die Gehwäler nach den Querstraßen angefertigt werden. Nachdem nunmehr festgestellt, daß eine Stadthalle auf dem Grundstück des Pfälzer Schießgrabens nicht errichtet wird, also die Führung einer Straßenbahn durch die Robert Franzstraße unmöglich für lange Zeit ausgeschlossen ist, kann von Herstellung einer Futtermauer Abstand genommen werden. Der sofortigen Ausführung der Neupflasterung stehen somit Bedenken nicht mehr entgegen. Für die Ueberbestimmung wird die Herstellung eines Bollwerkes mit Eisengittern in Vorschlag gebracht. Die Kosten der Neupflasterung sind 1. für die Strecke zwischen Mühlspforte und Unterstraße einschließlich Ueberbestimmung auf 24 100 M., 2. für die Strecke zwischen Unter- und Mansfeldstraße auf 8700 M. ermittelt worden. Die Vorlage wird angenommen.

12. Der Konditorbesitzer Karl J o r n, hier, errichtet auf seinem Grundstück Leipzigerstraße Nr. 98 einen Neubau. Nach der planmäßigen Fluchtlinie entfällt eine 19 Quadratmeter große Parzelle vom Grundstück zur Straße. Herr J o r n fordert für das Land den Preis von 600 M. pro Quadratmeter. Man hält den Preis für viel zu hoch und beschließt das Enteignungsverfahren. (Ref. Herr Stvo. G r e m p l e r.)

Punkt 13 betrifft die Vorlage betreffend

#### Änderung der Tageshassenpreise unseres Stadttheaters.

Wie Herr Stvo. B o r g e s erörtert, handelt es sich bei der Vorlage um dreierlei: Erstens soll das Garderobegeld gleich mit dem Billetgeld erhoben werden. Zweitens will man die Preise für die weniger begehrten hinteren Plätze des II. und III. Ranges sowie der Galerie bei Volkstheaterstellungen billiger gestalten als die Preise der übrigen Plätze. (Wir bemerken auf unseren Artikel im gestrigen Abendblatt, wo die Vorlage ausführlich wiedergegeben ist.) Und drittens sollen die Tageshassenpreise erhöht werden. Der Theaterdirektor hat in der vorigen Saison einen Verlust von 14 000 M. gehabt; allerdings liegen darin Verlöstlofen für das Orchester mit 7000 M. Der Rückgang ist veranlaßt durch die drückende Konkurrenz der Kinos, die wie wir Plätze aus der Erde gelassen sind; 12 befehen jetzt in Halle. Die Hauptstadt trägt aber weiter noch der Fehler, daß wir die Abonnementspreise im Vorjahre erhöhten, die Tageshassenpreise aber belassen liegen. Dadurch wurde die Spannung zwischen Abonnement und Tageshassenpreis zu gering, so daß der Anreiz zu abonnieren fehlte. Das gab einen großen Ausfall. Herr Stadtrat Dr. N i e d e r m a n n hatte damals schon auf diesen Mangel hingewiesen. Die Preis-erhöhung soll nur für die hinteren Plätze in Kraft treten; es hält sich in solchen Grenzen, daß S a l l e a u c h k o n k u r r e n t i e l l e n d i e n i g r i e n T h e a t e r p r e i s e h a t. Von 13 mit Halle vergleichbaren Städten, wie z. B. Königsberg, Posen, Gera, Halberstadt, Dortmund, Kiel, Mainz, hat Halle die billigsten Theaterpreise, und selbst nach der Erhöhung sind nur zwei Städte von jenen billiger als Halle. Wir haben die Preise, unser Theater auf künstlerischer Höhe zu halten, aber das kann nicht geschehen, wenn der Theaterdirektor mit Unterbilanz arbeitet; da wird er geneigt sein, zu sparen an Dekorationen usw. Wenn wir die Tagespreise nicht erhöhen, müssen wir schließlich Subvention, vielleicht 10 000 M., zahlen. Herr Richards wird durch die höheren Preise aber 8000 M. in der Saison mehr einnehmen, er hat aber auch erhebliche Mehrkosten durch die Reihenverschiebungsordnung, die ihm von nächster Saison ab fast bisher 3000 M. 9000 M. Kosten verursacht.

Herr Stvo. R o b e r t s e n hat sich gegen die Vorlage. Er ist dagegen, daß man dem Theaterdirektor entgegenkommt. Die Preise dürfen nicht geändert werden.

Herr Stvo. K o b e r t s e n fragt, ob es sich bei den 14 000 M. um Unterbilanz oder Minusgewinn handelt.

Herr Stvo. K e s s e meint, die Verteuerung der Abonnementspreise im letzten Jahre habe zahlreiche Familien vom Abonnieren abgehalten. Es sei sehr zu überlegen, ob nicht die Verteuerung der Tageshassenpreise die gleiche Wirkung hat. Die Verteuerung erscheine nicht als geeignetes Mittel, den Theaterbesuch zu heben, in Anbetracht der Tatsache, daß die Kinos, in erster Linie ihre billigen Preise, der Massenbesuch, zu denken geben. Herrn Richards solle ich das, er bringt das Beste, was er bringen kann, aber durch die Preis-erhöhung wird's im nächsten Winter schlechter werden mit den Einnahmen.

Herr Stvo. B o s c h führt aus, daß er die Bücher gepflastert habe. Es handle sich bei den 14 000 M. um eine Unterbilanz. Keiner habe im Kaufmännischen Verein, der pro Abend 35-40 Plätze besetzt, in der letzten Saison, selbst ersehen, daß es schwer wurde, die Billets zu unterbringen. Und daran trug die Tatsache Schuld, daß die Spannung zwischen Abonnements- und Tageshassenpreis zu gering war.

Herr Stvo. B o r g e s entgegnet Herrn Lemmer, daß Herr

Richards, der ein guter Redner sei, selbst die Erhöhung der Tageshassenpreise wünscht. Er würde sie nicht fordern, wenn er daraus einen Rückgang des Theaterbesuches zu befürchten hätte.

Herr Stvo. G m e r e erklärt sich gegen die Preis-erhöhung. Der Theaterbesuch sei zurückgegangen, weil die Zeiten überhaupt schlechter wurden, weil überall Teuerung eintrat, die die einzelnen Familien zwang, sich in der Befriedigung ihres Kunstbedürfnisses einzufürchten. Ich sehe keinen Grund, den Vertrag mit Herrn Richards zu ändern. Der neue Modus des Garderobegeldes verneuert auch den Aermten, die bisher keine Garderobe abgaben, den Theaterbesuch. Herr Richards zeigt kein Entgegenkommen seinen Künstlern und Arbeitern gegenüber, warum sollen wir ihm da immer wieder entgegenkommen?

Herr Oberbürgermeister Dr. N i e d e r m a n n: Die Person des Herrn Richards hat hier völlig auszuscheiden. Die Vorlage haben wir

#### im Interesse der Stadt

gemacht. Uns war es auch unangenehm im Magistrat, als die Theaterdeputation mit dem Antrage kam, aber wir überlegten uns, daß der Antrag notwendig ist, wollen wir nicht für die Zukunft schweren Schaden nehmen. Nicht Herrn Richards Taise wollen wir füllen, sondern uns unser Theater erhalten, wie es in künstlerischer Beziehung ist. Herr Richards ist selbstverständlich an den Vertrag gebunden, aber was wird, wenn sich weiter solche Unterbilanzen ergeben? Herr Richards hat ein Vermögen verloren, aber wird in Zukunft sich ein brauchbarer Pächter finden, der auf unser Theater bietet? In allen deutschen Städten wird über den Rückgang der Theaterneinnahmen geklagt; welches Theater floriert noch? So hat z. B. Magdeburg schauerhafte Erfahrungen gemacht. Es hat auch neuerdings den Pacht erlassen müssen, wie andere Städte auch. Die Preise werden ja nur für die besseren Plätze erhöht, deren Besucher man wohl nicht in den ständigen Gassen der Kinos rechnen darf, die auch weiter ständige Besucher des Theaters bleiben werden. Es ist übrigens nicht wahr, daß wir dem Theaterdirektor, wie Herr Emmer andeutet, öfter Pachtantrag gewährt haben. Wohl aber haben wir ihm im vorigen Jahre mit dem neuen Vertrage eine Verpflichtung von 25 000 M. a r t aufzuerlegen, dem auf der anderen Seite als einziges Entgegenkommen die Gewährung einer Subvention für das Orchester entgegenzusetzen.

Herr Stvo. D ö h l e r spricht sich gegen die Vorlage aus und hegt leise Zweifel, ob denn die Unterbilanz von 14 000 M. a r t genau stimmt. Die Zigarrengebühren haben schon in der letzten Saison Mängel gehabt, ihre Abonnements abzugeben; sie haben Verluste erlitten. Bei einer Erhöhung der Tagespreise wird der Theaterbesuch noch mehr nachlassen. Das Garderobegeld ist zu teuer. Man denke, wenn man im Frühjahr, wo es schon warmes Wetter ist und der Ueberzieher nicht mehr gebraucht wird, für seinen Hut allein 20 M. Garderobegeld mitbezahlen soll, so ist das zu viel. Wenn Herr Richards 60 000 M. verdient hat, hat er uns auch nicht bemüht, da mag es auch unterbleiben, wo er jetzt 14 000 M. Verlust gehabt haben will.

Herr Oberbürgermeister Dr. N i e d e r m a n n: Die Verlustziffer dürfte nicht mehr angezweifelt werden; die Bücher seien von zwei Stadtratsmitgliedern nachgeprüft.

Herr Stadtrat G r e f e r weist darauf hin, daß zahlreiche Städte ihre Theaterdeputation in den letzten Jahren erhöht haben, z. B. neuerdings auch Elberfeld.

Herr Stvo. B o r g e s erklärt, er würde sich nicht ins Zeug legen, wenn es sich darum handle, Herrn Richards ein Benehmen zu schaffen; er würde sich für eine Sache bemühen, die nur Herrn Richards wohl täte, aber es handelt sich hier um den Vorteil der Stadt. Dabei braucht nebenbei nicht übersehen zu werden, daß Herr Richards sich im letzten Winter tatsächlich bemüht hat, das Schauspiel auf künstlerische Höhe zu bringen.

Bei der Abstimmung wird die Erhöhung der Tageshassenpreise mit 22 zu 15 Stimmen beschlossen. Bei der Abstimmung über den neuen Modus, das Garderobegeld gleich mit dem Billetgeld zu erheben, hehen 17 gegen 17 Stimmen. Da der Herr stellvertretende Vorsitz für die Abstimmung vorlag, gibt keine Stimme den Ausschlag für die Magistratsvorlage.

14. Das Kuratorium der Gas- und Wasserwerke hat beschlossen, in einer Reihe von Straßen

#### Intensiv-Gasbeleuchtung

mittels Pregelgas einzurichten. Zuerst soll die Ausführung in der Oleariusstraße, A. Ullrichstraße, der Alten Promenade und dem Paradeplatz erfolgen. Die hierzu erforderlichen Mittel in Höhe von 15 500 M. a r t sollen dem Referendats der Gaswerke entnommen werden. Die Vorlage wird genehmigt. (Ref. Herr Stvo. G i e s e.)

15. Dem Schreberverein in Halle-Süd werden 200 M. für die Aufnahme von 40 bedürftigen und schwächlichen Schulkindern in seine Mischkolonie während der Sommerferien 1912 aus XX II gezahlt. Die Refektoren der im Süden gelegenen Volkshäuser sollen die Kinder auswärmen. (Ref. Herr Stvo. P f a u t s c h.)

16. Für die ausstehenden Mitglieder und Stellvertreter der Eintommensteuer- Voreinrichtungs- Kommission werden Neuwahlen vorgenommen. (Referent Herr Stvo. P f a u t s c h.)

17. Die im Februar 1912 angekauften Ackerpläne 28, 29 und 30 an der Dessauerstraße von 7 Hektar 30 Ar 70 Quadratmeter Größe sollen vom 1. November 1912 ab auf 6 Jahre für den jährlichen Pachtzins von 40 M. pro Morgen unter den üblichen Bedingungen an die Firma Gebrüder Nagel verpachtet werden. Die Versammlung stimmt zu. (Ref. Herr Stvo. B o s c h e r i t t.)

18. Die Herren G e p p e r t u. G. m. beantragen Wasserleitung für den Seebener Weg zwischen Mühlgraben und Trothastraße. Die Sache wird dem Magistrat als Material überwiehen. (Ref. Herr Stvo. G m e r e.)

19. Herr Louis Brömmel, Halle-Emma, bittet um Benutzung des Seebener Weges als Entlastungsweg für die Dauer des Kanalbaues abzuheben. Man beschließt Uebertragung zur Tagesordnung. (Ref. Herr Stvo. B ö s c h e.)

20. Die Petition des I. kommunalen Wahlbezirksvereins betreffend die Ratteplage in der Großen Klausstraße wird durch Uebertragung zur Tagesordnung erledigt. (Ref. Herr Stvo. G r a d e h a n d.)

21. Der I. kommunale Wahlbezirksverein bittet um Verbreiterung der Japsenstraße und um Schaffung einer

breiteren Jugantstraße vom Markt nach dem sogenannten Trödelviertel. Man überreicht die Eingabe dem Magistrat als Material. (Ref. Herr Stvo. G m e r e.)

Außerhalb der Tagesordnung wird der Verkauf von städtischen Bauplatz an der Galtstraße genehmigt. (Ref. Herr Stvo. B l u m e n t r i t t.)

#### Schluss 140 Mr.

#### Hausperrung in der Metall-Industrie.

Der Verband der Metallindustriellen von Halle und Umgegend schreibt uns:

Die Darstellung der Bezirksleitung des Metallarbeiterverbandes in Nr. 286 Ihrer geschätzten Zeitung ist unzutreffend und irreführend und bedarf der Richtigstellung.

Ohne auf die Einzelheiten einzugehen, mag heute nur kurz erwidert werden, daß die Metallindustriellen Hannover, wie allgemein festgestellt, es nicht abgelehnt haben, mit ihren Arbeitern in Unterhandlungen zu treten, sondern zu jeder Stunde ihre Bereitwilligkeit erkennen ließen, zu einer Verständigung zu gelangen. Diese Mühe wurde in den einzelnen Fabriken durch Umschlag bekantgegeben und ist auch in der Presse wiederholt zum Ausdruck gekommen. — Auf das angezogene Schreiben des Metallarbeiterverbandes vom 3. Juni hat, wie richtig angegeben wird, der Gesamtverband der Metallindustriellen sofort erwidert, daß die Arbeitgeber in Hannover zu einer Verständigung bereit seien und daß die Arbeiter ihre Beziehungen zu ihren Firmen aufrechterhalten sollten, um kommissionsfreie Verhandlungen zu ermöglichen. — Darauf erfolgte von seiten der Hannoverischen Gewerkschaften jedoch nichts. Nur in einem einzigen Werke, nämlich in dem Lindener Eisen- und Stahlwerk, sprach die Arbeiter-Kommission vor und fragte nach den Bedingungen, unter welchen die Arbeit wieder aufgenommen werden könne. Als diese Bedingungen demüßigt wurden, empfahl der Leiter der Lindener Werke, Herr Direktor W i d e r s, den Leuten — also nicht die Arbeiter haben den Vorschlag gemacht —, aus den streikenden und ausgeperrten Arbeitern eine Eisenernter-Kommission zu wählen, die mit der bereits gebildeten Eisenernter-Kommission der Industriellen sich verständigen sollte. Diesem Vorschlag wurde von den betreffenden Arbeitern zugestimmt und erklärt, daß man sofort eine Versammlung zur Bildung der Eisenernter-Kommission berufen werde. Die Bildung dieser Kommission aber wurde in der letzten Sitzung der Versammlung am 25. Juni abgelehnt. Das ist der springende Punkt zur Beurteilung der Frage, wer die Verhandlungen in der kritischen Zeit unmöglich gemacht hat.

Im Dienste des ererbten Friedens ist schließlich der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller in Berlin unterm 15. Juni nochmals an den Metallarbeiterverband in Stuttgart mit der Mitteilung herangetreten, daß sich eine Arbeiterkommission noch nicht gebildet habe und daß er deshalb Veranlassung genommen habe, eine Hinausschiebung des Aussperrungstermins für Halle und Magdeburg vom Montag, den 17. Juni, auf Sonnabend, den 22. Juni, zu veranlassen, um Raum zu Verhandlungen zu gewinnen.

In dem Antwortschreiben schlug der Metallarbeiterverband in Stuttgart vor, zu den von beiden Parteien am Streikort zu sitzenden Kommissionen je einen Vertreter der Gesamtorganisationen hinzuzugeben. Der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller kam diesem Vorschlag nach, so daß die Verhandlungen Sonnabend, den 22. d. M., normittags beginnen konnten. Es lag also die Möglichkeit vor, die Aussperrung in Halle und Magdeburg noch in letzter Stunde zu vermeiden. Leider hat die gemeinsame Sitzung in Hannover nicht zu einer Einigung geführt. Im einmütigen weitere Verhandlungen nicht zu erwidern, erachtet es uns nicht erforderlich, uns weiter in eine Polemik über zurückliegende Fragen einzulassen.

Der Verband der Metallindustriellen von Halle a. S. und Umgegend.

In der Zeitschrift „Wochenplan“ hat die Füllin von Schwarzburg-Sondershausen Wohnung genommen und sich in Behandlung des Geheimrats v. B r a n n a m begeben.

Die Zukunft des Kaufstedter Goethe-Theaters. Wie uns Herr v. W i l m o s t k i, der Landeshauptmann der Provinz Sachsen, mitteilt, entspricht die zuerst vom „Merseburger Korrespondenten“ verbreitete Nachricht, daß die Nikolaischule wegen Verschuldung des Kaufstedter Theaters eine Schadenersatzforderung von 200 Mark erhalten habe, nicht den Tatsachen. Die Nikolaischule hat vielmehr für die elektrische Beleuchtung des Theaters während der Proben und Aufführungen, für Bedienung der Beleuchtung und andere Stillstellungen, für Ersatz unbrauchbar gewordener Lampen und Wiederherstellung einiger bei dem Einbau und dem Wechsel der Dekorationen entfallener un-ermeßlicher Verschuldungen usw. an die Provinzialkasse einen Betrag von 171 M. entrichtet. Wir freuen uns über diese Mitteilung; es wäre sehr bedauerlich gewesen, wenn die auf höchster künstlerischer Stufe stehende Küberaufführung der Nikolaischule einen so fühlbaren Abschlag gefunden hätte. — Anträge oder Anfragen im Sinne der Berliner Zeitungsmeldungen sind bisher an den Landeshauptmann nicht herangetreten. — Zu dem Thema „Die Zukunft des Kaufstedter Theatervereins“ wird voraussichtlich demnächst der Kaufstedter Theaterverein das Wort nehmen.

Die Abteilungen Gaausatz und Hohenpollern des W.-A.-B. Jungdeutschland werden vom 25. bis 27. Juli unter Leitung des Herrn Generalanwalts Eisen eine Dreitagestour unternehmen. Es wird von den Abteilungen abgeholt und im Freien binakert. Kosten der Fahrt betragen für alle drei Tage 80 M. Anmeldungen mit schriftlicher Erlaubnis der Eltern sind unter gleichzeitiger Zahlung des Betrages bis spätestens 1. Juli Bertramstraße 20 für Saalwacht, Gr. Ulrichstraße 40 für Sobenpollern zu bewirken. Pfälmer und Studenten als Helfer sind willkommen.

Von der Revolution in China, ihren Ursachen, ihren Ausläufern für die Zukunft, von der chinesischen Bodentanz und der Arbeit der deutschen evangelischen Mission in China wird der „Königsberger Anzeiger“ E u s t a c h u s W i t t m o s, den 26. Juni, auf einer langjährigen Reise nach China, die Versammlung beginnt um 4 Uhr am Abend.

Der Verband Godesbergerer Stenographen der Provinz Sachsen und des Herzogtums Anhalt hält am Sonnabend, den 29. und Sonntag, den 30. Juni, in Burg bei Magdeburg keine 23. Jahresversammlung ab. Dem Erwausschuss gehören die Herren Bürgermeister, Stadträte, Direktoren, Refektoren, der königliche Bankrat und verschiedene angesehene Herren der Stadt Burg an. Der Kreis Jerchow I sowie die Stadt Burg haben je 100

# Letzte Nachrichten.

## Bedrohung der Deutschen in China.

Braunschweig, 24. Juni. Die „Braunschweigische Landeszeitung“ meldet aus Berlin: Von dem deutsch-asiatischen Gesandtschaftsrat sind aus Tientsin insgesamt 3 Kanonenboote zum Schutze der Deutschen nach Kanton abgedampft.

## Der neue russische Botschafter.

# Berlin, 24. Juni. (Priv.-Tel.) Die „Nationalzeitung“ erfährt, ist der russische Gesandte in Athen, Swerbejew, zum russischen Botschafter in Berlin ernannt worden.

## Das amtliche Wahlergebnis Hagenow-Grenesmühlen.

+ Berlin, 24. Juni. (Priv.-Tel.) Die „Freisinnige Zeitung“ schreibt: Bei der Reichstagswahlwahl Hagenow-Grenesmühlen erhielten dem amtlichen Wahlergebnis zufolge Livofsky (Fortfchr. Volksp.) 7034, Pauli (Kon.) 6794 und Rober (Soj.) 4291 Stimmen.

## Verurteilter Spion.

h. Leipzig, 24. Juni. (Priv.-Tel.) Das Reichsgericht verurteilte den Kaufmann Wilh. Lichtenberger aus Mannheim wegen verlusten Verdrehens der Spionage auf 4 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

## Majestätsbeleidigung.

Mährisch-Odrau, 24. Juni. Gegen den sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten Brolowitsch hat die Polizei Strafantrag wegen Majestätsbeleidigung erhoben, die Prozess in einer von der Polizei aufgelösten sozialdemokratischen Versammlung begangen haben soll.

## Neue Aktion im Ägäischen Meer?

Berlin, 24. Juni. In diplomatischen Kreisen verheißert man, daß Italien seine Aktion im Ägäischen Meer wieder aufnehmen werde. An Bord von Handelschiffen sollen 4 Divisionen Infanterie und eine Kanallierbrigade nach der europäischen Türkei geschickt werden. Den Oberbefehl erhält General Ragni. — Konstantinopel meldungen zufolge hat der Kommandant der Dardanellenflotte mit dem Marineminister und Admiral Lypus über die Verteidigung der Dardanellen eine Unterredung gehabt.

Konstantinopel, 24. Juni. In Kleinasien dauern die Einberufungen der anatolischen Redits fort. Täglich treffen in Smyrna Truppen und Munition ein. Man schätzt die Zahl der unter Abdulkah Pascha stehenden Soldaten auf über 100 000 Mann.

## Der englische Streik.

H. T. B. London, 24. Juni. Die heutigen Morgenblätter haben die Schwere der gegenwärtigen sozialen Lage hervor. Asquith hatte eine Konferenz mit Lord Devonport, dem Präsidenten der Hafenbehörde von London, um Mittel und Wege zur Beilegung des englischen Transportarbeiterausstandes zu beraten. Man hofft, daß der Konflikt diese Woche noch zu schließen sein wird, und nächsten Sonnabend die Arbeit wieder aufgenommen wird.

## Bäder und Kurorte.

Großes Kinderheim in Reudten bei Travemünde will Kinder während eines Ferienaufenthalts an der Ostsee (Gäbeler Bucht) das Elternhaus nach Möglichkeit ersetzen. Die Kinder stehen stets unter Aufsicht. Die Leitung der mehrjährige Erfahrungen zur Seite stehen, bietet Gewähr für sorgfältige Pflege, liebevolle Beaufsichtigung und individuellen Umgang mit den Kindern. Bei günstigem Wetter bildet der Strand den Mittelpunkt des Treibens. Gebadet wird von der Badekammer aus. Kasse-Geebühren werden nicht berechnet. Auf Wunsch werden die Kinder abgeholt und zurückgebracht. Der Pensionpreis beträgt für Kinder bis zu 12 Jahren 3 Mk., für ältere 3,50 Mk. pro Tag. Probieren liegt zwischen den Ostseebädern Travemünde und Norder. Letzterem Kurorte schloßen sich die Badorte Timmerbörner Strand, Seeharburg und Hoffstrug an. Als ältester Berater ist von ihm der langjährige Badearzt Niendorfs, Herr Dr. med. Krause, gewonnen. Prospekte stehen gerne zu Diensten.

Bäderfrequenz: Friedrichsbad-Reinhardtstr. 1. Th. 3501 — Bad Elster 6354 — Luterberg 1. S. 1951, Stolberg 1. S. 613 — Bad Orb 2273 — Marienbad 10 472 — Karlsbad 28 569 — Schmieberg 1207 Personen.

## Witterungs-Aussichten.

### Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Dienststelle 3. Imena u., Montag, den 24. Juni, 8 Uhr morgens.

### Aufdruckverteilung und Wetterlage in Europa.

Der gestern über den Niederlanden befindliche Hoch Ausläufer hat sich zu einem selbständigen, nach Osten ziehenden Teufel entwickelt, das in der Nacht Gemitter verursachte. Das nordwestliche Hauptfeld dürfte langsam nach Osten vordringen und an Einfluß gewinnen.

### Witterungsaussicht für den 25. Juni:

Ziemlich bewölkt, mittlere Temperatur, einzelne leicht Regenschauer, schwacher, westlicher Wind.

### Wetterung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brintmann; für Ausland und letzte Nachrichten: Karl Weitzer; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger; für den Inzeratenteil: J. B. Paul Flubacher. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfasst 8 Seiten — einschließlich Unterkunftsblatt.

Markt zur Beschaffung von Bretten für das Brettschreiben gestiftet. Den Hauptbeitrag hat Herr Professor Faffi-Darmstadt, Vorsitzender des Deutschen Stenographen-Bundes Gabelsberger über das Thema: „Die Auslichten auf eine deutsche Einheitssteno-graphie.“ Daran schließt sich eine Zeilprobe mit Schültern: „Einführung in die Gabelsberger'sche Stenographie“, gehalten von Lehrer A. Hoppe-Halle a. S., 1. Vorsitzender des Verbandes. Nach dem Festessen finden Spaziergänge und abends Festball statt, wobei die Sieger im Wettstreiten bekannt gegeben werden. Der Verband hat auch in diesem Jahre (somit an Vereinen als auch an Unterrichtsstellen) erheblich zugenommen.

## Einweihung des reformierten Studenten-konvikts.

Am Montag mittag um 1/2 1 Uhr begann im Saale des neuen Gemeindehauses der Domgemeinde in der Kl. Ulrichsstraße vor einem zahlreich geladenen Publikum aus den besten Kreisen die Feier der Einweihung des neuen reformierten Studentenkonvikts. Nach gemeinsamem Gelang trat der Chor der Konviktualen Fortissen-Goubinals „Halleluja!“ vor und Herr Konviktualrat Josephson verlas mehrere Bibelverse.

Der gemeinsame Gelang von „Herr Jesu Christ, dich zu uns wend“ leitete zur Rede über, die Herr Domprediger Prof. Dr. A. Kraus über „Die Konviktualen in der Dom-gemeinde“ hielt. 12 Studenten der Theologie, so führte er u. a. aus, erhalten jetzt im neuen Konvikt eine Heimstätte, und damit vollzieht sich die begründete Hoffnung, so zweiein-drigzig Jahren von den damaligen Dompredigern gegründeten kleinen Konvikts. Aber schon am 25. Januar 1712 war ein königliches „Diploma supra fondationem“ eines „Gymnasium illustris“ ergangen, mit dem ein „Convictorium“ verbunden sein sollte. Dieses Gymnasium war eine von den vielen Bildungs-stätten dieser Art, die über halb Europa nach Johannes Sturm und Calvins Vorgänge sich ausbreiteten. Das Halle'sche Gymnasium erlangte gleich bei seiner Gründung durch Friedrich Wilhelm von Scharfen (1702—1734) bei dem großen Entgegenkommen der Könige von Preußen und Sachsen von Antelmman erhebliches Ansehen; König Friedrich I. war ihm sogar so geneigt, daß er „seine Stiftung“ nannte. Ein Convictum minus mit vollen Pension sowie ein Convictum minus mit halber Kost entstanden auch im Laufe der Zeit. Aber es fehlten doch die überlegenden Männer, die allein in einer Universitätsstadt wie Halle die Existenz eines solchen Gymnasiums neben der Hochschule zu sichern imstande gewesen wären. Als dann die napoleonischen Wirren über Deutschland dahinströmten, mußte es der derzeitige Episcopus Stange des Gymnasium illustre et regium erleben, daß die weis-sächtige Regierung einfach die Gesamtschule aufhob. Lange schlummerte dann alles, bis am 24. April 1890 wieder 5 Konviktualen Kl. Klausstraße 12 im Hinterhaus einzogen und damit die Grundanlage zum höchsten Ereignis schufen.

Nachdem der reiche Beifall, den Herr Prof. Dr. Lang für seine klaren, geschätzten und so sehr interessanten Streiflichter durch-läufigen Ausführungen erntete, verhallt nur, bräutete der Ober-präsident der Provinz Sachsen, Herr v. Hegel, dem neuen Konvikt, seinen Schöpfern und Bewohnern die herzlichsten Glück-wünsche der Regierung dar. Herr Generalinspektor Dr. Prof. Dr. C. Gennrich betonte, daß die Teilnahme der Theologie-studenten am friedlichen Leben der Gemeinde bringend einträufel sei. Das neue Heim aber habe eine besondere Aufgabe: religiö-ses, sittliches Leben unter den Studierenden zu fördern. Herr Ge-heimrat Prof. Dr. Loops verlich mit glänzendem Geist dem Gedanken Ausdruck, daß bei aller Wahrung der Eigenart Luther, Calvin und Zwingli nicht ihren Anhängern doch zusammen-gehören. Herr Geheimrat Universitätsrat Meyer sprach jene wärmten Glückwünsche aus; Herr Dr. B. S. Vangerer folgte als Vertreter des reformierten Bundes und der Vertreter des Deutschen Jugendvereins, Herr Pastor Bourillon aus Frankfurt a. M. konnte zugleich als Vertreter des Calvinismus die Gewährung von 1000 Mk. Jahresbeitrag zum Konvikt unter all-gemeinem Beifall melden. Begrüßungsanrede folgte auf Begrüßungsanrede, bis nach abermaligen Wünschen ein gemein-samer Rundgang durch die sehr ansprechenden, praktischen Räume des Konvikts die Feier gegen 3/4 Uhr schloß.

Kögen sich die Konviktualen in ihrem neuen Heim wohlfühlen und von dem Segen für ihre Mitmenschen und für sich selbst ins Leben hinausziehen.

## Provinzialnachrichten.

### Eine heitere Feuerwehrdebatte.

Braunschweig, 22. Juni. Die hiesige Stadtvorordnetenver-sammlung beschäftigte in ihrer letzten Sitzung u. a. auch eine Vor-lage des Magistrats, die Pferdebespannung bei der Feuerwehr ab-zuschaffen und durch 4 Automobillöschzüge zu bewilligen. Diese Vor-lage führte zu einer heiteren Debatte, in deren Verlauf auch über die „Nützlichkeit“ eines Großfahrers in Braunschweig ge-sprochen wurde. So meinte ein Stadtvorodneter, daß der Staat mehr für die häußliche Feuerwehr tun könne. Man dürfe häufig in der Bürgergesellschaft sagen: „Es brennt bei uns noch so lang-nicht genug“, und die Leute, die das sagen, hätten auch so un-recht nicht. Wenn es einmal ordentlich in Braunschweig brennen würde, so würde dem Staat wohl vor Augen gebracht werden, daß er noch viel mehr für das Feuerwehrwesen in Braun-schweig tun müsse und er, Redner, würde jedenfalls über einen solchen Brand nicht weinen, wenn dabei keine Menschenleben um-kommen würden. Unter allgemeiner Heiterkeit stellte der Vor-sitzende darauf fest, daß diese Ausführungen nicht etwa eine Auf-forderung zur Brandstiftung sein soll. Ein anderer Stadtvorodneter erinnerte dann daran, daß er einmal im Lande-tage die Bemerkung gemacht habe: „Auf dem Lande brennt es besser.“ Und diese Bemerkung, die er damals in Bezug auf die häußliche Feuerwehr gemacht habe, sei ihm jetzt verurteilt worden. Tatsächlich brenne es aber auf dem Lande viel besser, weil dort zahlreiche Scheunen und Speicher mit leicht brennbaren Stoffen gefüllt seien. Schließlich sehen sich denn die Stadtvorodn-eten veranlaßt, die Magistratsvorlage zu genehmigen, um sich geneßer zu zeigen, als der Staat es ist.

Meerburg, 22. Juni. (Die hiesigen Lohnsteuerner) sind an die Warte mit einer Erhöhung ihres Lohnes heran-getreten. Sie fordern außer freier Bestätigung und evtl. Reisegeld für sich eine Abgabe von 8 Proz. von der Tages-Brutto-Einnahme des Wirtes.

Weschnitz, 21. Juni. (Der Segen der Carnegie-Stiftung.) Im vorigen Herbst brannte hier eine Ochsenställe ab. Dabei verunglückte der Sohn des Besitzers hoch. Die Mutter wollte ihren Sohn noch retten, zog sich dabei aber auch schwere Brandwunden zu. Kurze Zeit nach dem Unglück starb der Sohn; nach langem, schwerem Leiden starb in diesem Frühjahr auch die Mutter im Diakonissenhaus zu Halle. Es sind noch drei un-mündige Kinder da. Diese werden jetzt durch die „Carnegie-Stiftung“ unterstützt, Kom 1. April 1912 a werden monatlich

30 Mark aus der Stiftung für das Kinder gezahlt. Dieser Betrag soll von der Stiftung gezahlt werden bis zum 16. Lebens-jahre der Kinder.

Wichte, 21. Juni. (Eure ärztliche Doppelfirma.) Hier hat sich als praktischer Arzt Dr. med. Barisch niedergelassen, desgleichen Frau Dr. med. Barisch geb. Voithsch, als Ärztin.

Reinhold, 22. Juni. (Schwarzmittel.) Die jetzt weder Zeit noch Wechsel innehalten, überzählt ein völlig ungereselltes Legabundensleben führen, sind schwer vorwärts zu kriegen. Gestern gelang es dem Herrn Förster Denede, im Begang Lauen-burg einem alten Hermtreiber von 180 Pfund das Handwert zu legen. Daß man kein Zerrwürfen häufig breitgeschlagene Pöten unter der Schwärze findet, ist nicht weiter auffallend, wohl aber, daß dieser Würste mit drei alten Schrotten in der Leber noch so lange im Fort drehen konnte.

Wanlose, 23. Juni. (Ein Unglücksfall) ereignete sich heute beim hier tagenden Verlande der Feuerwehr von Wansleben und Umgegend. Ein Feuerwehrmann brach sich in-folge Umhanges einer Leiter einen Arm und ein Bein, so daß er in den Bergmannsstraß Halle gebracht werden mußte.

## Vermischtes.

### Die Duellforderung nach dem Derby.

Hamburg, 24. Juni.

Der unklare Zwischenfall beim gestrigen Ham-burger Derby, in dessen Mittelpunkt der frühere Herrenreiter Graf Walter v. Königsmarck, ein aktives Mitglied des Berliner Unionklubs, stand, spielte sich folgen-dermaßen ab:

Graf Königsmarck hatte sich auf dem Dach der Klubtribüne auf einen Stuhl gestellt, was ihm von einem Beamten unterlagt wurde. Daraufhin wurde er ausfallen dem Beamten und die Folge davon war, daß ihm ein Brief überreicht wurde, in dem er aufgefordert wurde, die Sache zu verurteilen. Die-sen Erhaben gab der Graf aber keine Folge, sondern wurde sehr heftig. Darauf ließ der Vorstand des Hamburger Rennklubs ihn durch einen uniformierten Schutzmännchen von der Tribüne bringen.

Jetzt eilte der Graf augerert nach der Wäge, um dort einen Bekannten zu suchen, der sofort für ihn eine Forderung an die Herren des Rennklubverbandes überbringen sollte. Bekannt wurde, an den sich der Graf zuerst wandte, mußte ablehnen, da ihm, der in Mandelsb. garnisoniert und mit Hamburger Kreisen daher liiert ist, die Sache besonders peinlich war. Nun wandte sich Graf Königsmarck an den Major v. Gohler, den einfluss-reichen des Derbyhüters Lutz, und bat ihn um seine Vermittelung. Major v. Gohler ging sofort zu den Herren des Renn-klubverbandes und erbat um Rücknahme der gegen den Grafen Königsmarck getroffenen Maßnahmen. Da die Herren dazu nicht zu bewegen waren, und behaupteten Graf Königsmarck habe sich ungehörig benommen, so daß ihr Vorgehen absolut berechtigt ge-wesen sei, so übermittelte Major v. Gohler im Auftrag des Grafen Walter v. Königsmarck den einzelnen Herren des Vor-standes des Hamburger Rennklubs Forderungen.

Außerdem betrat Major v. Gohler noch an Ort und Stelle mit Ulrich von Dergin, dem Vorsitzenden der technischen Kom-mission des Unionklubs, und verschiedenen anderen Mitgliedern dieser Vereinigung, was gegenüber dem Verhalten des Ham-burger Rennklubs zu unternehmen sei. Sämtliche Herren waren der Ansicht, daß es ein unerhörtes Vorgehen des Hamburger Rennklubs beweise, ein durch sein Abwehnen legitimes Mitglied des Unionklubs durch einen Schutzmänn-chen von der Bahn weiten zu lassen. Die Herren werden sich also wohl heute im Laufe des Tages klar zu werden haben, wie sie sich zu der Forderung des Unionklubs durch den Rennklub — dem als eine Bestätigung muß das Vorgehen des Hamburger Klubs betrachtet werden — stellen müssen.

### Eisenbahnunglück.

Nach einer Meldung von der schlesisch-pommerschen Grenze hat sich auf der Strecke Fromstorf-Trosow ein schwerer Un-fall ereignet. Vier Arbeiter, die auf der Strecke tätig waren, hatten sich während des Frühfries in ihre Zeitungsgläser ver-setzt, so daß sie das Rauchen eines Güterzugs überhörten. Plötz-lich wurde sie von der Lokomotive des Zuges erfasst und alle vier getötet.

### In den Niagara gestürzt.

Ein schweres Unglück hat sich am Niagaraaktom zugetragen. Eine Landungsbrücke, die am Eagle-Parl in den Niagaraaktom hineinreißt, stürzte mit 150 Ausflüglern ins Wasser. Bis her hat man acht Leichen bergen können. Man glaubt, daß fünfzig bis zwanzig Personen ertrunken sind.

Den Sohn aus Eiferstuch ermordet. In Cassano (ital. Provinz Bari) erschloß der wohlhabende Kaufmann Simone den eigenen 17jährigen Sohn, dessen Leichnam erst nach einigen Tagen halb verwest in einem Versteck gefunden wurde. Die Bevölkerung konnte nur mit Mühe davon zurück-gehalten werden, den unmenhlichen Vater zu lynchen. Als Grund zu der Schandtat wird angegeben, daß der Vater den Sohn aus Eiferstuch getötet habe.

Unter der Anklage des Giftmordesverfuges an ihrer Herz-fährtin wurde von dem Reichsgericht in London ein 15jähr. Dienstmädchen namens Mary Tullett vorgeführt. Herr und Frau Meyer von Rehbill erklärten dem Richter, das Mädchen habe sich wiederholt Tadel zugezogen, weil es so hartnäckig lag. Als das Ehepaar am Freitag Tee trinken wollte, fand Herr Meyer, daß das Getränk einem eigentümlichen Geschmack habe. Er hatte nur an seiner Zelle genippt und hielt seine Frau davon ab, zu trinken. Frau Meyer fand ein Fläschchen in der Küche, das Salzfäure enthielt. Das Mädchen erklärte vor Gericht, es habe „die Meierss Frau machen wollen“. Der Richter ordnete an, daß der Tee und das Giftfläschchen zunächst sorgfältig auf ihren Inhalt geprüft werden sollten.

Europafahrt amerikanischer Millionäre. 200 amerikanische Millionäre sind in Antwerpen an Bord des Dampfers „Zinn-land“ eingetroffen. Nach mehrtägigem Aufenthalt werden sie nach Stockholm reisen, um dort den olympischen Spielen beizuwohnen. Später besuchen sie die größeren Städte des Kontinents.

Todesurteil in den Ziroter Alpen. Der Hühograph Paul Willi aus Innsbruck ist bei der Beilegung des Habichts in der Edelgruppe dreihundert Meter abgestürzt und schwer-metretet worden. — Bei der Sommerfeier auf der Nord-felste wurde ein Innsbrucker Tourist durch Steinschlag am Kopf schwer verletzt.

Aushebung einer Spielstätte. Im hiesigen Kasino zu Frascati (Italien) hob die Polizei eine große Spielstätte aus. Eine Anzahl eleganter Herren und Damen wurden in flagrant abgefangen.



